21 / 2012 www.sabine-baetzing.de 22.06.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
wenn's läuft, dann läuft's auch richtig. Nachdem mein Arm etwas abgeschwollen war wurde klar, dass eine Operation fällig ist. Wenn ich mir schon den Arm breche, dann auch kompliziert. Nun bin ich am Mittwoch operiert worden und muss noch ein paar Tage im Krankenhaus liegen. Dann kommt Reha und so weiter. Und dann ist bald alles wieder heil. Ich bin sicher schneller wieder gesund, als dass es der Regierung gelingt, einmal einen gemeinsamen Entschluss hinzukriegen. Da streiten sie wochen- und monatelang ums Betreuungsgeld, und dann ist zur Abstimmung kaum jemand da. Das war so blamabel, wie das Betreuungsgeld selbst. Eine große Mehrheit der Bevölkerung und fast alle Fachleute wollen es nicht. Es wäre Zeit, dass ein Ruck durch die Regierung geht und sie dieses Gesetz wieder einfängt. Aber eher bin ich wieder gesund, als dass das passiert.
Denkt dran, heute Abend Jogi und unseren Jungs die Daumen zu drücken!!!!! Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

UN-Konferenz in Rio – Niebel blamiert sich und uns alle!

Nachdem die Affäre „Fliegender Teppich" schon für viel Wirbel gesorgt hatte, hat Bundesminister Niebel ein weiteres Mal ein sehr schlechtes Bild abgegeben. Auf der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro wurde diese Woche eine Abschlusserklärung abgegeben, die allerdings sehr enttäuschend war. Sie enthält viele unverbindliche Worte, aber keinerlei Verpflichtung zu konkreten Taten.
Dabei wäre es angesichts der globalen Herausforderungen wichtig gewesen, konkrete Ziele und Umsetzungsmaßnahmen zu beschließen. Insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer kritisierten zu Recht, dass für die in Rio viel zitierte „Green Economy" keinerlei konkrete Hilfen der Industrieländer vereinbart wurden.
Ein ressourcen- und umweltschonendes grünes Wachstum ist in den Entwicklungsländern ohne finanzielle Unterstützung der Industrieländer nicht möglich.
Deutschland hat unter Entwicklungsminister Dirk Niebel bereits viel Vertrauen verspielt, weil es sein Versprechen gebrochen hat, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.
Es ist peinlich, wenn Minister Niebel das Ergebnis von Rio trotzdem schön redet, weil ein klares Bekenntnis zu privaten Investitionen enthalten sei. Der Tunnelblick des Ministers ist beschämend, auch deshalb, weil keinerlei neue verbindliche Ziele für verpflichtende verantwortliche Unternehmensführung vereinbart wurden. Private Investitionen sind aber nur dann positiv, wenn sie zu guten Arbeitsplätzen mit fairen Löhnen führen. Zu dem damit einhergehenden Aspekt des inklusiven breitenwirksamen Wachstums einschließlich gerechter Steuersysteme haben sich Niebel und die Bundesregierung viel zu wenig eingebracht. Bezeichnend für das schwache Engagement Niebels ist sein spätes Eintreffen: Niebel landete, als die Abschlusserklärung bereits beschlossen war. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, spätestens bei der nächsten Bundestagswahl.

Soziales

Schuldnerberatung – Alterssicherung verbessern!

Die Sozial- und Wohlfahrtsverbände haben dieses Jahr „Alter, Armut, Schulden" in den Mittelpunkt ihrer Aktionswoche 2012 gestellt. Denn die Anzahl verschuldeter ältere Menschen, die die Schuldnerberatungsstellen aufsuchen, steigt.
Die Gründe dafür liegen vor allem in der andauernden Arbeitslosigkeit von Menschen im Alter über 50 Jahren. Sie ist – trotz des Aufschwungs im vergangenen Jahr – kaum gesunken bei steigenden Lebenshaltungskosten etwa für Miete und Energie. Umso wichtiger wird die Arbeit der Schuldnerberatung.
Die Schuldnerberatung muss – auch im Interesse der öffentlichen Haushalte – besser ausgestattet werden, nicht nur finanziell, sondern auch auf der Ebene psychologischer und persönlicher Beratung. Denn wir wissen: Jeder Euro für die Schuldnerberatung führt zu Einsparungen bei Sozialausgaben in Höhe von zwei Euro.

Aber noch so gute Schuldnerberatung kann eine umfassende Reform der Alterssicherung nicht ersetzen. Der hohe Anteil von fast einem Viertel aller Beschäftigten, die gegenwärtig mit Armutslöhnen wenig bis gar nicht für ihre Alterssicherung vorsorgen können, erwarten zurecht eine Sozialpolitik, die schon heute auf den Schutz vor Altersarmut zielt.
Für die meisten Menschen sind nach wie vor die gesetzlichen Rentenzahlungen die wichtigste Einkommensquelle im Alter.
Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch zukünftig ein Leben ohne Armut ermöglichen. Dafür brauchen wir auf Dauer eine umfassende und gerechte Rentenreform, an deren Traglast alle Bürgerinnen und Bürger nach Leistungsfähigkeit beteiligt werden.

Die Thematisierung von Altersarmut und ihren sozialen Folgen ist über den aktuellen Anlass hinaus ein dringender Hinweis mehr um effektiver präventiv tätig zu werden.

Sabines Woche Infoservice

Bundesverfassungsgericht

Deutscher Bundestag – Beteiligung nicht zu umgehen!

Zum wiederholten Male hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung in Sachen Parlamentsbeteiligung heute eine schallende Ohrfeige verpasst. Der Versuch, den Deutschen Bundestag in europäischen Fragen zu umgehen, ist gescheitert.

Ob im Urteilsspruch zur Klage unserer Abgeordneten Swen Schulz und Peter Danckert oder im jetzt entschiedenen, von Bündnis 90/Die Grünen angestrengten Verfahren: Das schwarz-gelbe Verständnis von parlamentarischer Demokratie hält keiner richterlichen Überprüfung stand. Karlsruhe hat klargestellt, dass die vom Grundgesetz garantierten Rechte der Abgeordneten nicht einfach ausgehebelt werden können. Die Verfassungsrichter haben dabei lediglich bestätigt, was jedermann auf Anhieb erkennt: ESM und Euro-Plus-Pakt betreffen europäische Angelegenheiten, sie dienen Zielen der Europäischen Union und werden wesentlich von europäischen Organen getragen. Die Bundesregierung hat dies bislang unverfroren geleugnet, um die Mitsprache des Bundestages auszuhebeln und in Europa an den Gemeinschaftsinstitutionen vorbei verhandeln zu können. Fest steht: Schwarz-Gelb wird seine Position in Sachen Parlamentsbeteiligung erneut revidieren müssen. Und wieder braucht es erst ein Urteil aus Karlsruhe, um dem Bundestag zu seinen Rechten zu verhelfen.

Finanzen

Steuergerechtigkeit – Nicht für Geld in der Schweiz!

Während das Schweizer Parlament nun dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen endgültig zustimmte, kam in Deutschland erwartungsgemäß keine Stellungnahme des Bundesrates zu diesem Vorhaben zustande. Die Vertreter der schwarz-gelb regierten Bundesländer lehnten es ab, den gravierenden Bedenken der Fachausschüsse der Länderkammer zu folgen. In der Debatte gelang es ihnen allerdings nicht, die Kritik an den ungerechtfertigten Mehrfachprivilegierungen der Steuerhinterzieher zu entkräften, die ihr unversteuertes Vermögen in der Schweiz angelegt haben. Damit konterkariert das Abkommen das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz, das die schwarz-gelbe Koalition im Frühjahr 2011 noch als Instrument zur Stärkung der Steuergerechtigkeit gefeiert hatte.

Die SPD-geführten Länder hegen weiterhin erhebliche Zweifel, ob das Abkommen mit einer gerechten und gleichmäßigen Besteuerung vereinbar ist. Einer umfassenden Durchsetzung der deutschen Steueransprüche steht entgegen, dass die Bundesregierung zugestanden hat, die Anonymität der Schweizer Bankkunden dauerhaft zu wahren. Die Einschränkungen der Ermittlungs- und Kontrollmöglichkeiten der Finanzverwaltung durch das Steuerabkommen – wie etwa der Verzicht auf den Erwerb von Bankdaten zur Aufdeckung von Steuerstraftaten – sind daher nicht hinnehmbar. All dies bestätigt uns in der konsequenten Ablehnung des vorliegenden Abkommens.

In eigener Sache

Nominierung – Danke für das Vertrauen!

Zehn Jahre ist es her, als ich zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Nun bin ich erneut von den beiden Kreisverbänden Altenkirchen und Neuwied als Bundestagsabgeordnete nominiert worden und das einstimmig. Das hat mich sehr gefreut und ist ein großer Vertrauensbeweis. Am 21. September 2012 ist die Wahlkreiskonferenz in Neitersen, auf der die Delegierten dann endgültig bestimmen können, ob ich weiterhin für die SPD in den Bundestag gewählt werden soll.

Ich werde alles tun, um den Wahlkreis 198 Neuwied/Altenkirchen bei der Bundestagswahl 2013 wieder direkt zu gewinnen.

Dazu brauche ich eure Hilfe. Wenn wir engagiert kämpfen, sollte es uns gelingen, die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass wir ihre Anliegen in Berlin gut vertreten und das derzeitige Chaos in Berlin endlich beenden. Also, ich zähl‘ auf Euch!!

International

Syrien – Die Lage spitzt sich dramatisch zu!

Der Plan von Kofi Annan zur Gründung einer Kontaktgruppe, die auch Russland, China und den Iran einschließt, ist weiterhin unbedingt zu unterstützen. In Anbetracht der kritischen Lage begrüßt unsere Bundestagsfraktion den Vorschlag des französischen Außenministers Laurent Fabius, bereits für den 30. Juni ein Treffen einer solchen Gruppe zu vereinbaren.

Die Lage in Syrien spitzt sich weiter zu und inzwischen sprechen auch die Vereinten Nationen von einem Bürgerkrieg. Immer mehr Menschen fallen dem Konflikt zum Opfer und eine friedliche Lösung scheint ferner als zuvor.

Den Sechs-Punkte-Plan des Sonderbeauftragten Kofi Annan für gescheitert zu erklären, halten wir allerdings für falsch. Richtig ist, dass der Plan von den Konfliktparteien nicht umgesetzt wurde. Er bleibt trotzdem die beste Chance auf eine politische Lösung des Konflikts, der anderenfalls noch viele weitere Leben fordern wird.

Bashar al-Assad hat seine Chance auf eine friedliche Beilegung des Konflikts verspielt und seine Legitimität als Staatschef Syriens verloren.

Er muss daher von einer Übergangsregierung abgelöst werden, die zusammen mit den verschiedenen Oppositionsbewegungen im Land eine neue Verfassung ausarbeiten und Neuwahlen organisieren kann.

Um diesen Prozess in Gang zu setzen, sind Gespräche mit allen Interessenvertretern in diesem Konflikt notwendig, insbesondere mit Russland.

Wir hoffen inständig auf die Erkenntnis von Assad, dass er und seine Familie in Syrien keine Zukunft haben und er als Konsequenz den Weg für einen politischen Prozess freimacht, den das Land so dringend nötig hat.

Bonbon

„Ihr seid die erste Generation, die mit dem Euro aufgewachsen ist und die alten Währungen nicht mehr kennt, die Deutsche Mark, die Lira oder die Drachme - ich hoffe, wir werden sie nicht mehr erleben.“

(Mario Draghi, EZB-Präsident)

Termine

Die letzte Untersuchung hatte ergeben, dass ich mich doch einer Operation unterziehen musste. Das habe ich nun hinter mir. Jetzt kommen erst einmal ein paar Tage Krankenhaus, dann Reha und so weiter.
Also vorerst sind keine Termine möglich ;(